

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 20 (1994)
Heft: 9

Artikel: Gewalt gegen Frauen sichtbar machen
Autor: dw
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-361717>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vorbereitungskonferenz in Wien

dw. Im Oktober fand in Wien die regionale Vorbereitungskonferenz (Europa und Nordamerika) für die 4. Welt-Frauen-Konferenz in Peking 1995 statt: vom 13.–15. das NGO (Non-Government Organizations)-Forum und im Anschluss daran die Regierungskonferenz. Am NGO-Forum wurden von 1700 Frauen aus 56 Ländern Ergänzungen und Verbesserungsvorschläge zum offiziellen Richtlinienpapier, der sogenannten Aktionsplattform, erarbeitet. Aus der Schweiz nahmen verschiedene Frauen aus Friedens-, Migranten- und Frauenorganisationen teil.

OFRA: Mutterschaftsversicherungs-Entwurf ist Miminallösung

sw. Bekanntlich hat kürzlich Bundesrätin Ruth Dreifuss einen Entwurf für ein Bundesgesetz über die Mutterschaftsversicherung in die Vernehmlassung gegeben – rund 50 Jahre nach dem entsprechenden Verfassungsauftrag (vgl. EMI 6/94). Jetzt liegt die Stellungnahme der OFRA Schweiz zu diesem Entwurf vor. Die OFRA unterstützt den vorliegenden Entwurf als ersten, langersehnten Schritt nachdrücklich: Die Einführung eines bezahlten, 16-wöchigen Mutterschaftsurlaubs für erwerbstätige Frauen sei eine absolut dringliche Massnahme. Die OFRA kritisiert jedoch, der Entwurf sei ein absolutes Minimum und könne nur als Ausgangspunkt für die Einrichtung einer eigenständigen, obligatorischen und allgemeinen Mutterschaftsversicherung dienen, wie sie die OFRA und andere Frauenorganisationen, Gewerkschaften und Parteien schon lange forderten. Aus verschiedenen Gründen kann die OFRA den vorliegenden Entwurf nur als Minimallösung verstehen. Ihre Kritik richtet sich gegen folgende Punkte:

- Der Entwurf sieht nur eine Lösung für erwerbstätige Frauen vor, einzig der Ausfall von Erwerbseinkommen wird also versichert. Die OFRA zeigt sich befremdet darüber, dass gerade das Mutterschaftsversicherungs-

Gesetz das langjährige Postulat der Frauen, die gesellschaftlich notwendige, aber unentgeltlich geleistete Erziehungs-, Betreuungs- und Hausarbeit der Erwerbsarbeit gleichzustellen, in keiner Weise berücksichtigt. Wieder einmal, so die OFRA, sollen die Interessen von erwerbstätigen und nicht-erwerbstätigen Frauen gegeneinander ausgespielt, die Frauen auseinanderdividiert werden – die OFRA wehrt sich dagegen und fordert angemessene Taggelder für nicht-erwerbstätige Mütter.

- Höchst unbefriedigend sei auch, dass sich das vorgeschlagene Modell am vertrauten, antiquierten patriarchalen Rollenverständnis orientiere, das die Kinderbetreuung als Sache der Frauen betrachtet. Nur erwerbstätige Frauen erhielten Versicherungsleistungen. Damit jedoch die Männer ihre Kinderbetreuungspflichten endlich wahrnehmen, müssten auch sie Leistungen beanspruchen können. Die OFRA fordert deshalb einen bezahlten Elternurlaub von mindestens neun Monaten, der wahlweise von der Mutter nach dem 16-wöchigen, bezahlten Mutterschaftsurlaub, vom Vater oder einer anderen Person, die die Verantwortung für das Kind mit der Mutter teilt, beansprucht werden kann – mit der Garantie der Rückkehr an den Arbeitsplatz.

- Inakzeptabel ist für die OFRA auch die unhinterfragte Beibehaltung der Verknüpfung der Mutterschaft mit der Krankenversicherung: Der vorliegende Entwurf regle nur die Lohnfortzahlung nach der Geburt; die Kosten für Untersuchungen, Entbindungen, Nachbetreuung, Stillberatung etc. sollen weiterhin von der Krankenversicherung übernommen werden, dies habe höhere Prämien für Frauen bei Zusatzversicherungen zur Folge. Die Frauen, so die OFRA würden also weiterhin als alleinige Verursacherin-

nen der Mutterschaftskosten betrachtet und dafür zur Kasse gebeten. Die OFRA fordert eine Mutterschaftsversicherung, die alle Mutterschaftskosten übernimmt und sie anstelle des Kopfprämiensystems über ein einkommensabhängiges Beitragssystem finanziert.

Politische Frauenförderung im Baselbiet

sw. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft will die politische Gleichstellung von Frauen und Männern fördern. Die vorgeschlagenen Massnahmen stützen sich auf eine von der Berner Politologin Regula Stämpfli erarbeitete Studie zur politischen Gleichstellung (in Auftrag gegeben vom Baselbieter Büro für Gleichstellung und der Beratenden Kommission für Frauenfragen des Regierungsrates) und dem daraus abgeleiteten Bericht einer regierungsrätlichen Begleitgruppe unter dem Vorsitz von Susanne Leutenegger Oberholzer. Der Baselbieter Regierungsrat hat nun die folgenden Massnahmen beschlossen: Herausgabe einer Broschüre für politische Frauenförderung, Schulungsprogramme für die politische Bildung, Einführung eines Frauenförderungspreises und öffentliche Ausschreibung vakanter Kommissionssitze. Zur Einführung einer Quotierung konnte sich der Regierungsrat jedoch nicht durchringen – und dies, obwohl Studie und Begleitgruppe die Quotierung als wirksames Mittel zur Durchsetzung der politischen Gleichstellung vorgeschlagen hatten.

Gewalt gegen Frauen sichtbar machen

dw. Vom 24. Nov. bis 10. Dez. werden international Aktionen und Veranstaltungen zum Thema Gewalt gegen Frauen stattfinden. Diese Kampagne wurde vom philippinischen Frauen-Netzwerk «Babaylan» initiiert und wird mittlerweile von vielen Frauen mitunterstützt. In Basel findet am Donnerstag den 24. November eine Kundgebung statt.

Alle Frauen sind aufgerufen, mit auf Leintüchern aufgemalten Parolen zum Thema und viel Lärm auf die Kampagne aufmerksam zu machen.

Treffpunkt: 24. November um 17.30 h auf dem Clara-
platz, ca. 18.30 h auf dem Marktplatz. (Wer Leintücher
malen will, trifft sich am 20. November um 14.00 h im
Frauenzimmer Basel).

cf-d-Jahressammlung: Tanzende Schildkröten

bo. «...dann werden auch die Schildkröten
tanzen» – so lautet das Motto der diesjähri-
gen Jahressammlung des «Christlichen Frie-
densdienstes» (cf-d). Damit ruft der cf-d auf
zur Überwindung von Verhärtung und Er-
starrung. Mit dem Verkauf einer Speckstein-
Schildkröte aus Zimbawbe und einer Post-
kartenserie mit Schildkrötenkarikaturen wer-
den drei ProjektpartnerInnen im Ausland
beim Aufbau geschützter Räume für Frauen
unterstützt: das Frauenhaus in Zimbabwe,
das palästinensisch-israelische Rape Crises
Center in Haifa sowie eine Anlauf- und The-
rapiestelle für bosnische Frauenflüchtlinge
in Ex-Jugoslawien.

Die Postkarten-Serie (Fr. 10.–) und die Speckstein-
Schildkröte (Fr. 12.–) können bezogen werden bei: cf-d,
Postfach, 3001 Bern, Fax: 031 302 87 34.

Neue Beratungsstelle zu Versicherungsfragen

sw. Wer sich im wuchernden Dickicht der
Gesetze, Bestimmungen und Empfehlungen
zu Altersvorsorge und Sozialversicherungen
nicht mehr zurechtfindet, kann auf eine neue
Hilfe zurückgreifen: Die Frauenzentrale des
Kantons Bern (FZB) hat ihre Dienstleistun-
gen ausgebaut und eine entsprechende
Beratungsstelle eröffnet. Obwohl diese
grundsätzlich auch Männern offensteht, will
sie ihr Augenmerk vornehmlich auf frauen-
spezifische Anliegen richten. Weil das be-
stehende Sozialversicherungssystem in we-

sentlichen Teilen nach wie vor vom Modell
der Kleinfamilie mit dem erwerbstätigen
Mann und der gratis den Haushalt besorgen-
den Frau ausgeht und damit den Leben-
situationen der Frauen immer weniger
entspreche, ergäben sich für berufstätige,
geschiedene, alleinerziehende und ledige
Frauen ganz besondere Versicherungs- und
Vorsorgeprobleme, erklärte die Vorsteherin
der neuen Beratungsstelle, Yvonne Hofstetter.
Zwei Juristinnen mit entsprechender Berufs-
erfahrung werden nun versuchen, den
betroffenen Frauen Möglichkeiten aufzu-
zeigen, um die Probleme abzufedern.

Frauenzentrale des Kantons Bern, Beratungsstelle
Altersvorsorge + Sozialversicherung, Tel. 031/311 72 01
(Quelle: Der Bund).

Architektur von und für Frauen

fb. Dass der Alltag von Frauen häufig nicht
einfach zu organisieren ist, wissen nicht nur
wir, sondern auch die mit Stadt- und Quar-
tierplanung beauftragten ArchitektInnen.
Dennoch ist es nicht die Regel, dass z.B.
Wohnungsgrundrisse auf die Bedürfnisse
derjenigen zugeschnitten sind, die nach-
weislich die meiste Zeit in der Wohnung
verbringen: die (teilweise berufstätigen)
Frauen (mit Kindern). Architektinnen und
Planerinnen machen seit einiger Zeit auf
diese Mängel aufmerksam; bislang fehlte es
ihnen jedoch an der Lobby, ihre Vorstellun-
gen von einem Lebensraum zu verwirkli-
chen, in dem Frauen (und Kinder) nicht dis-
kriminieren und buchstäblich an die Wand
gedrängt werden. Mit der P.A.F. (Planung
und Architektur von und für Frauen) wird am
12. November in Bern ein gesamtschweize-
rischer Verein gegründet, der in den Bereichen
Planung und Architektur die Gleichstellung
von Frauen fördern und ihren Anliegen und
Bedürfnissen mehr Durchsetzungskraft ver-
leihen soll. P.A.F. versteht sich als Forum für
Erfahrungsaustausch, als Organisation für
die nationale und internationale Vernetzung
von Architektinnen und Planerinnen sowie
als Partei, die die Vertretung von Fachfrauen

in den massgebenden Entscheidungsgremi-
en vorantreibt. P.A.F. steht dabei sowohl
Fachfrauen als auch an Architektur und
Planung interessierten Frauen offen.

Weitere Informationen bei: P.A.F., Irene Hupfer, Basel-
weg 24, 4146 Hochwald.

Frauenstudienwoche an der Uni Bern

bü. Vom 5.–9. Dezember findet an der Uni
Bern eine Frauenwoche statt. Die Aktions-
woche soll einerseits der Forderung nach
Einbezug geschlechtsspezifischer Forschungs-
ansätze in den ordentlich gelehrten Wissen-
schaften Nachdruck verleihen. Andererseits
soll einmal mehr auf die eklatante Abwesen-
heit von Frauen im Mittelbau und auf Dozen-
tInnenebene aufmerksam gemacht werden.
Schliesslich ist die neue Form der Frauen-
woche selber Ausdruck der Bemühungen
um mehr Aufmerksamkeit. Die Organisatorin-
nen der Frauenstudienwoche – Studentinnen
und die Abteilung für Frauenförderung
sowie der Verein feministische Wissenschaft-
ten – mussten in den letzten Jahren immer
wieder darum kämpfen, dass ihre Aktions-
tage und -wochen nicht an den Rand des
Stundenplanes und des Unibetriebs gedrängt
wurden.

In dem Konzept der Frauenstudienwoche
wollten die Organisatorinnen möglichst viele
Fachbereiche einbeziehen. Die ProfessorIn-
nen wurden deshalb aufgefordert, entweder
selber das Thema der laufenden Vorlesung
aus einem geschlechtsspezifischen Ansatz
zu beleuchten, geschlechtsspezifische The-
men aufzugreifen oder aber einer Expertin
(einem Experten) Platz zu machen. So wurde
erreicht, dass für einmal auch zu Hauptvor-
lesungszeiten Referate zu Frauenthemen
stattfinden. Einige Rosinen aus dem reich-
haltigen Programm: ein Gastvortrag der